

»Ein überschuldetes Land braucht nicht noch mehr Schulden«

Sahra Wagenknecht, Erste Stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, kommentierte am Montag Äußerungen von Kanzlerin Angela Merkel, nach denen es einen Schuldenschnitt für Griechenland nicht geben werde:

Griechenland ist seit 2010 überschuldet. Ein überschuldetes Land braucht nicht noch mehr Schulden, sondern endlich einen echten Schuldenschnitt. Wahrscheinlich weiß das auch Kanzlerin Merkel. Sie kann es nur nicht zugeben, denn es wäre das Eingeständnis, dass ihre Totsparpolitik gescheitert ist und sie viele Milliarden Euro an Steuergeld völlig sinnlos verschleudert hat. Nur wenn die griechische Wirtschaft wieder wächst, können auch Schulden bezahlt werden. Diese simple Logik wird leider auch beim dritten Kredit- und Kürzungspaket für Griechenland missachtet.

Ohne Schuldenschnitt wird die griechische Schuldenquote im nächsten Jahr schon den Rekordwert von 200 Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschreiten und bis zum Jahr 2030 nicht unter 120 Prozent sinken, so die offizielle Prognose der Gläubiger, die bislang stets zu optimistisch war. Die Rückzahlungen lediglich zu strecken, wie es Merkel vorschlägt, wird das Problem der Überschuldung nicht lösen, sondern das Elend nur verlängern. Statt Griechenland auf Dauer in eine Schuldenkolonie zu verwandeln und noch die Enkel für die Fehler der Rettungspolitik büßen zu lassen, sollte die Kanzlerin endlich Vernunft annehmen. Voraussetzung für eine Lösung der Krise sind ein Schuldenschnitt, ein Ende der unsozialen Kürzungsdiktate und ein Aufbauprogramm für Griechenland sowie ein Abbau der extremen Ungleichgewichte in der Euro-Zone über höhere Löhne und Renten in Deutschland.

Die Europäische Kommission schickt die Protokolle der TTIP-Verhandlungsrunden nicht mehr digital an die Abgeordneten der Mitgliedsstaaten. Die Dokumente sollen nur noch in einem Leseraum in Brüssel einsehbar sein. Hierzu erklärte Ulrich Wilken, rechtspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Hessischen Landtag, am Montag:

»Das Transatlantische Freihandelsabkommen (kurz: TTIP) wird von einem kleinen Kreis aus EU- und US-Bürokraten, die sich vor Verhandlungsbeginn vor allem mit Konzernen und deren Lobbyisten abgestimmt haben, geheim verhandelt. Diese Geheimniskrämerei allein ist schon eine Unverschämtheit gegenüber den demokratisch gewählten Volksvertreterinnen und -vertretern. Dass nun die Hürden für den Zugang des kleinen Personenkreises, der überhaupt nur über begrenzte Verhandlungsinhalte informiert wird, noch höher gelegt werden, zeigt einmal mehr, wie weit sich die TTIP-Verhandlungen von der Demokratie entfernt haben! Demokratie braucht Informationen – und diese dürfen nicht auf einen Leseraum in Brüssel beschränkt werden!«

Es sei kein Zufall, dass die Verhandlungen mit Lobbyisten hinter verschlossenen Türen stattfänden, so Wilken. »Dieses intransparente Verfahren ist nicht hinnehmbar. Die Abgeordneten und Regierungsvertreterinnen und -vertreter müssen nun klar gegen diese Verhandlungen Stellung beziehen. Es geht um nichts Geringeres als die Verteidigung der Demokratie gegen mächtige Lobbyinteressen.«

<http://www.jungewelt.de/2015/08-18/059.php>